



Rede von Helmut Dedy,
Geschäftsführers des Städtetages Nordrhein-Westfalen,
anlässlich der Mitgliederversammlung des
Städtetages Nordrhein-Westfalen
am 2. Juni 2022 in Essen

„Lebenswertes Zuhause: Die Städte in NRW“

SPERRFRIST: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Einstieg

Nordrhein-Westfalen hat gewählt. Wir kennen Sieger und Nichtsieger. Wir kennen eine wahrscheinliche Koalition. Noch wird verhandelt, aber inhaltlich dürfte mindestens eine Richtung feststehen. Der Schutz des Klimas wird zentrales Thema werden.

Klima fordert die Gesellschaft, fordert die Städte

Der Schutz des Klimas in all seinen Facetten. Was soll sich nicht alles ändern – mehr Erneuerbare Energien, ein anderer Umgang mit Wasser, Wärme ohne Öl und Gas, Schutz von Natur und Landschaft, eine echte Verkehrswende. Kurz gesagt, die Erde als Lebensraum wird sich durch alle Politikfelder hindurchziehen. Wie im Bund, so auch hier in Nordrhein-Westfalen. Nur viel, viel konkreter. Denn wir wissen, der Bund kann nur den Rahmen des Bildes gestalten. Das Bild selbst zu malen, das ist Aufgabe des Landes und vor allem der Städte. Das ist Ihr Job.

Und dieses Bild zu zeichnen ist eine große Aufgabe. Klimaschutz fordert die Gesellschaft. Durch die Vielzahl von Veränderungen, die vor uns liegen. Durch die Frage, woher wir die Finanzmittel dafür nehmen. Vor allem aber, weil sich Haltungen verändern müssen. Und wir alle wissen es – manche Veränderung wird schmerzhaft sein.

Ich gehöre zur Generation der Babyboomer. Wir sind sehr sehr viele. Und wir haben, wenn Sie mir den Ausflug an die Theke gestatten, klimapolitisch unser Erbe versoffen. Volles Rohr. Egal aus welchen Gründen – vielleicht unwissend, vielleicht wegen unseres Glaubens an die Technik, vielleicht weil wir nicht wissen wollten. Egal aus welchen Gründen wir es getan haben, wir müssen die Grundhaltung aufgeben.

Klimaschutz ohne Verzicht?

Geht Klimaschutz ohne Verzicht? Anders gefragt: Wie geht Klimaschutz mit Autofreaks und Partys auf Ibiza? Man kann es auch größer aufziehen. Welche Freiheit wollen wir? Geht das zusammen, unser gesellschaftliches Verständnis von Freiheit und wirksamer Klimaschutz? Wieviel Regulierung brauchen wir, wieviel wollen wir? Oder anders gefragt – wieviel Regulierung vertragen wir?

Im Mai wurde das Entlastungspaket des Bundes auf den Weg gebracht. Steuerentlastung, 9 Euro Ticket, Kindergeld, günstigere Spritpreise. War das richtig? Ja, grundsätzlich wohl schon, es trug zum gesellschaftlichen Frieden bei. Trotzdem bleibt ein schales Gefühl. Denn das Paket sagt uns, Ihr alle seid Opfer der Rahmenbedingungen, in denen wir derzeit leben, und der Staat gleicht das jetzt aus. Rentner, Studenten einzubeziehen, das wäre nur konsequent. Aber Entlastung dauerhaft und für alle, kann das funktionieren? Wenn ein Hemd 40 Euro statt 30 kostet, weil es – um Verkehre zu vermeiden – nicht in Vietnam, sondern in Mönchengladbach produziert wird, wird das von keiner Seite ausgeglichen werden.

Also doch Verzicht? Nachdenken darüber müssen wir, auch über unseren Begriff von Freiheit. Und sollte Russland tatsächlich kurzfristig das Gas abdrehen, werden wir uns noch ganz anders mit Verzicht und Freiheit beschäftigen müssen. Mein Thema aber soll jetzt ein anderes sein. Ich möchte fragen, wie der Klimaschutz die Stadtpolitik verändern kann.

Klimaschutz braucht eigene Abläufe

Lassen Sie mich zu 3 Themen sprechen, die nicht allein wegen der Klimapolitik auf uns zukommen, die aber viel mit Klimaschutz zu tun haben. Wir müssen in den Städten

1. den Boden bereiten für Veränderungen,
2. politische Vorhaben neu priorisieren und
3. unsere Kommunikation neu ausrichten.

Klimaschutz wird Städte verändern. Städte sind Teil der Gesellschaft. Jedes Mal, wenn sich Gesellschaften grundlegend ändern, ändert sich auch der Blick auf die Städte. Vor 90 Jahren gab es die Charta von Athen. 1933 war das, man wollte die funktionale Stadt. Alles sollte räumlich getrennt sein – Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Verkehr. Viele verbinden mit der Charta die Idee der autogerechten Stadt. Manche Städte leiden noch heute darunter.

Vor zwei Jahren kam dann die Neue Leipzig Charta. Das Leitbild ist jetzt die gemeinwohlorientierte Stadt, mit gemischten Nutzungen, grüner und blauer Infrastruktur, klimafreundlich. Ein völlig anderer Blick auf die Stadt. Die Stadt der kurzen Wege. Und, so hieß es in Leipzig, ein Gemeinschaftswerk aller Akteure.

1. Den Boden bereiten

Auch in den Städten brauchen Sie alle Akteure – Politik, Stadtgesellschaft, Verwaltung, Stadtwerke. Mit allen zusammen können Sie den Boden bereiten für das städtische Gemeinschaftswerk Klimaschutz. Erste Städte führen Klimakonferenzen durch – mit allen Dezernaten der Verwaltung, mit allen kommunalen Unternehmen, mit den Ausschüssen des Rates. Wie Sie es auch tun, Sie bereiten damit den Boden für die Herausforderungen, die auf Ihre Stadt zukommen. Und dabei wird immer die Frage im Raum stehen, mit welcher Haltung gehen wir unsere Ziele an.

2. Vorhaben neu priorisieren

Dann brauchen wir eine Überprüfung unserer politischen Schwerpunkte. Und das in ganz kurzer Zeit. Wir sollten nicht dauernd von Krise sprechen. Aber der Begriff hilft uns vielleicht. Was ist eine Krise denn? Es ist eine Zuspitzung in einem überforderten System. Es braucht einen Wendepunkt, eine neue Richtung, einen neuen Weg.

Um diesen neuen Weg zu finden, muss man abschichten, muss Maßnahmen anhand ihrer Wirkungen priorisieren. Denn alles auf einmal, das schaffen wir nicht. Was tun wir zuerst? Worauf konzentrieren wir unser Engagement – und unser Geld? Klar, Sie tun das längst, ich weiß. Aber passt die geplante Reihenfolge heute noch? Und wir müssen wissen, was muss sofort passieren, um resilient zu werden, was kann warten?

Sie sehen, die Frage von Verzicht ist nicht nur eine individuelle, die Sie vielleicht anders beantworten werden als ich. Auch eine Stadt muss für sich klären, was sie will und worauf sie verzichtet, vorerst verzichtet. Und sie muss es vor Ort entscheiden können. Deshalb ist die Befreiheit der Städte so wichtig.

3. Die Kommunikation neu ausrichten

Und während Sie den Boden für Veränderungen bereiten und Ihre Ziele priorisieren – während des ganzen Prozesses geht es um Kommunikation. Erklären, warum wir was tun, für Veränderungen werben, informieren. Warum brauchen wir diese Fläche für diesen Zweck, warum gibt es diese Verabredung zwischen Stadt und Umland?

Es geht um Information auf Augenhöhe, in den Dialog kommen. Die Meinungen gehen weit auseinander, die Debatten werden härter.

Und Politik verliert Menschen. Die Wahlbeteiligung im Mai war kein Knaller. Es gibt sogar

Quartiere, da hat nicht einmal jede fünfte Wählerin ihre Stimme abgegeben. Auch deshalb braucht es Dialog. Sie kennen ja die Erklärvideos einzelner Bundespolitiker. Ein Freund hat mal gesagt, das komme ihm vor wie die Sendung mit der Maus. Das stimmt vielleicht, und vielleicht kommt diese Form der Kommunikation auch deshalb so gut an.

Städte als lokale Weltverbesserer

Wir haben es in der Hand. Wir können den Boden bereiten für Veränderungen, können Ziele setzen und die Menschen in den Städten mitnehmen. Mitnehmen auf den Weg in die Stadt der kurzen Wege. Nicht alles schaffen Sie in den Städten allein, auch Bund und Land müssen was tun. Aber viele Themen lassen sich nur in den Städten umsetzen.

Wir hören aktuell oft, es gebe eine Zeitenwende. Das ist ein großes Wort. Ich will es kleiner versuchen und vor Ort bleiben – lassen Sie uns alle gemeinsam lokale Weltverbesserer sein.